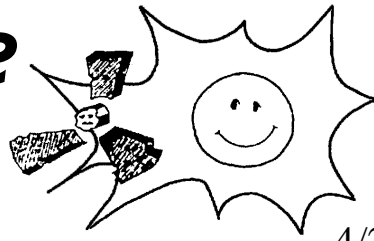


Atomkraftfreie Zukunft



P.b.b.

4/2009 Dezember

Mochovce 3+4: Hearing als Farce!

Achtstündige Alibiveranstaltung am 25. 9. in der Technischen Universität Wien

*Unsere diesjährige Protestkundgebung am 26. 10. am Michaelerplatz; wie die Vorgänge ein Monat vorher eindrucksvoll gezeigt haben, ist Widerstand wichtiger denn je ...
Foto: Wiener Plattform*



Die öffentliche Anhörung zum Thema Mochovce 3+4 gibt Bürgern betroffener Nachbarländer die Gelegenheit, ihre Fragen, Bedenken und Kommentare zur geplanten Fertigstellung der beiden Reaktoren an Experten zu richten, die kompetent Auskunft erteilen können.

So war es angekündigt. Und so kamen aus der Slowakei Herrschaften vom slowakischen Umweltministerium, vom slowakischen Wirtschaftsministerium, vom Nationalen Kernenergiefonds, von der Kernenergie-Aufsichtsbehörde und von den Slowakischen Energiewerken, um sich anzuhören, was die Österreicher zu sagen haben. **Und es meldeten sich viele Leute, die allesamt kritische Fragen und Anmerkungen hatten:** Was passiert, wenn ein Flugzeug, absichtlich oder unabsichtlich, auf das Reaktorgebäude fällt? Wo wird der anfallende Atommüll gelagert? Warum wird an den Reaktoren weitergebaut, obwohl die UVP nicht abgeschlossen ist? Die Reaktoren haben kein Volldruck-Containment! Warum kann man die Baustelle nicht besichtigen? Woher soll das nötige Kühlwasser kommen? Wie

hoch ist die radioaktive Belastung der Umwelt bei „normalem“ Betrieb? Wie steht es mit Windenergie in der Slowakei? Welche Maßnahmen werden getroffen, um die Bevölkerung im Falle des Austritts großer Mengen radioaktiver Substanzen zu schützen?

Die Antworten und Stellungnahmen der Fachleute waren enttäuschend: In den meisten Fällen bezog sich ihre Antwort nicht auf die gestellte Frage, Studien und Gesetze wurden zitiert; einige Angaben waren schlicht nicht nachvollziehbar, wie jene, dass der gemessene radioaktive Wert rund um die Reaktoren 1+2 „nahezu Null“ sein soll; mit fortschreitender Zeit wurden die Befragten auch etwas ungehalten, als einige Leute auf konkreten Antworten beharrten. **Insgesamt entstand der Eindruck, dass hier ein lästiger Pflichttermin heruntergespult wird, der nur pro-forma-Funktion hat, und dass die Sorgen und Ängste der Menschen nicht ernstgenommen werden.**

Zum Weiterlesen: link zum Protokoll der Anhörung: http://www.umweltbundesamt.at/umweltschutz/uvpsupemas/espooverfahren/espoos_slowakei/uvpmochovce34/uve_emo34/

Die Zahl der abgegebenen Stellungnahmen im Rahmen der UVP österreichweit betrug **209.269**.

Wir danken allen, die zu diesem beeindruckenden Ergebnis beigetragen haben!

Nach Bundesländern: Wien: 204.162, OÖ: 4.450, NÖ: 320, Sbg: 103, Bgld: 69, Ktn: 25, Stmk: 20, Vlb: 3, T: 0 (!)

Über 209.000 Unterschriften dürfen Sie nicht ignorieren, Herr Minister!



Mag^a. Johanna Nekowitsch und Mag^a. Paula Stegmüller übergaben BM Berlakovich anlässlich ihres Gesprächstermins 2.190 Unterschriften „Stopp Mochovce 3+4“

Am 7. Oktober 2009 führte die Wiener Plattform „Atomkraftfreie Zukunft“ ein Gespräch mit Umweltminister Berlakovich. Wir wollten nach der Anhörung im Rahmen des UVP-Hauptverfahrens mit dem Minister einige offene Fragen klären und hören,

was er und die österreichische Bundesregierung in der Sache weiter zu tun gedenken, auch angesichts der überwältigenden Anzahl von Einwendungen, die von den österreichischen Bürgerinnen und Bürgern mit kräftiger Unterstützung der Wiener Plattform „Atomkraftfreie Zukunft“ eingebracht wurden (204.162 allein in Wien). Aufgrund der Mängel und Irregularitäten, die das UVP-Verfahren aufweist, forderten wir die österreichische Regierung auf, eine Protestnote an die Slowakei zu richten und eine Klage wegen Vertragsverletzung beim Europäischen Gerichtshof einzureichen. Der Minister reagierte zögerlich, und als wir insistierten, meinte er, eine Klage sei rechtlich nicht so einfach möglich, jetzt müsse die EU-Kommission tätig werden. Eine Vertragsverletzung wollte er dann auch nicht mehr sehen. Angesichts der unklaren rechtlichen Lage ist es dringend nötig, ein Rechtsgutachten einzuholen.

Die NGOs müssen nun die nächsten Schritte unserer Regierung verstärkt im Auge behalten! Ein Verschleppen wie bei Temelín muss verhindert werden!

„Schifferl versenken“ mit Atommüll!

Erstes von Mafia versenktes „Giftschiff“ wurde entdeckt.

Italiens Ermittler wussten es, ein Mafia-Aussteiger hatte genauestens davon erzählt: Eine kalabrische Mafiagruppe hatte über Jahre hinweg große Mengen von Gift- und Atommüll im Mittelmeer rund um Italiens Südspitze „entsorgt“; aber alle Ermittlungen verliefen im Sand, denn das Material als entscheidendes Beweisstück hatte gefehlt.

Erst nach jahrelangen Untersuchungen gelang es jetzt der Staatsanwaltschaft mittels Tauchroboters, das in ca. 500 Meter Tiefe vor Cosenza liegende Wrack eines etwa 120 m langen Frachtschiffs zu orten und zu filmen. Der Bug ist wie durch eine Explosion abgerissen, aus dem Rumpf quellen rostige Fässer. Die Position des Wracks entspricht genau den Erzählungen des früheren Mafia-Bosses Francesco Fonti. Er gab vor den Staatsanwälten an, er habe für die Mafia-Familien von San Luca 1992 gleich drei Giftschiffe mit Dynamitstangen bestückt und durch Explosion versenkt. Auf ähnliche Weise seien mindestens 30 Schiffe „verschwunden“ und pro Schiff 75.000 € kassiert worden.

Bei einigen der in den 1980er und 1990er Jahren gesunkenen (und bei den Versicherungen nie auf Schadenersatz reklamierten) Schiffe gibt es nur Verdachtsmomente. Etwa die nach Behördenangaben „unnatürlich hohen“ Strahlenwerte und Krebshäufigkeiten an dem kalabrischen Küstenstreifen nahe Cosenza.

Francesco Fonti belastet auch Italiens staatliche Atombehörde ENEA und sogar den damaligen Verteidigungsminister schwer: diese seien in den 1980er Jahren auf seine Mafiagruppe zugekommen. Ob sie nicht Giftmüll, z. B. 600 Fässer mit radioaktivem Schlamm (Herkunft aus Italien, Deutschland, Frankreich und der Schweiz) verschwinden lassen könne? Die Mafia konnte.

Italiens Umweltorganisationen fürchten eine Katastrophe, sollten die Müllcontainer durchrosten. Sie fordern einen schnellen Abschluss der Ermittlungen. (Quelle: Die Presse 16. 9. 2009 und profil Nr. 39 vom 21. 9. 2009)



Vor dem Hearing am 25. 9. hielten die Wiener Plattform und andere Anti-Atom-Gruppen vor der TU Wien eine Protestkundgebung ab; das Interesse der Medien war groß (siehe vorne rechts). Foto: Wiener Plattform

„Blick in die Zukunft“!



Hier auf einem Jugendfestival präsentieren die jungen Leute ein Transparent, auf denen die Auswirkungen der Atomkraft (rechts) und die der Erneuerbaren Energien (links) zu sehen sind.

Nach der Katastrophe von Tschernobyl ist Weißrussland mit vielen, nicht nur ökologischen Problemen konfrontiert. Die **Jugend** ist in besonderer Weise **Opfer aller großen Weltkatastrophen**, denn als Erste müssen die Jugendlichen deren **schlimme Folgen lindern** und die entstandenen **Probleme in allen Lebensbereichen** in Angriff nehmen.

Deshalb unterstützen wir dieses Mal das Jugendprojekt „**Blick in die Zukunft**“ des Vereines „den Kindern von Tschernobyl“.

Die Ziele des Vereins: Arbeit mit den Jugendlichen auf regionalem Niveau:

- neue **Selbsthilfegruppen** von Jugendlichen bilden
- **Bewusstseinsbildung** der Jugendlichen fördern
- **Wissen** vermitteln, **Kompetenzniveaus** bei aktuellen Problemen in der Gesellschaft erhöhen
- Internationaler **Austausch** und **Vernetzung**

In jahrelanger Arbeit wurde ein Netz von sozialen

Jugendzentren aufgebaut. Zweimal im Jahr wird ein internationales **Jugendfestival** veranstaltet.

Unterstützen wir dieses Projekt und **helfen wir der Jugend**, mit den Problemen ihres Landes umzugehen und **die Zukunft in die Hand zu nehmen!**

Spendenkonto: PSK KNR 930 22 985, Kennwort „Tschernobylkinder“

Wir sind umgestiegen auf 100% atomfreien Strom:

Wolfgang Hitzigrad

Neue ÖkostrombezieherInnen bitte bei uns melden! Wir möchten Ihren Namen als gutes Beispiel veröffentlichen.

Wenn Sie unsere Informationen per **Newsletter** erhalten wollen, bitten wir Sie, uns Ihre E-Mail-Adresse bekanntzugeben. **Besuchen Sie auch unsere homepage:** www.atomkraftfreieukunft.gnx.at

Liebe Leserinnen, liebe Leser! Sie erhalten dreimal kostenlos unsere Zeitung „Atomkraftfreie Zukunft“. Bitte nehmen Sie heute die Gelegenheit wahr und überweisen Sie uns eine Spende. Falls nach dreimaligem Bezug keine Spende eingeht, müssen wir leider aus Kostengründen die Zustellung einstellen. Tut uns leid ...

Was ist ... Atommüll?

Atommüll ist **radioaktiver Abfall** aus Kernenergie, Medizin, Forschung. Besonders die Uranspaltung im Atomkraftwerk hinterlässt hochradioaktive Spaltprodukte. Atommüll gibt lebensgefährliche radioaktive Strahlung ab. Je nach Spaltprodukt strahlt Atommüll zehntausend, hunderttausend oder gar mehrere Millionen Jahre lang. Bis heute existiert weltweit kein einziges Endlager für Atommüll. Der bis jetzt weltweit angefallene Atommüll ist in verschiedenen provisorischen Lagern deponiert.

Um unsere Aktivitäten auch weiter mit gutem Erfolg fortsetzen zu können, ersuchen wir unsere Leserinnen und Leser um die Überweisung des **Förderbeitrags von € 15.- für das Jahr 2009**. Auch Spenden nehmen wir dankend an!

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dringend gesucht!

Gemeinsam bewegen wir viel!

Was interessiert Sie? Betreuung unseres Info-Standes, Planung von Aktionen und Kampagnen, Teilnahme an Kundgebungen, Mitarbeit beim Zeitungsversand, ...

Wenn Sie Interesse und Zeit (von 2 Stunden monatlich bis ...) haben, laden wir Sie herzlich ein, sich bei uns zu melden: telefonisch unter 01/865 99 39 oder per E-Mail: atomkraftfreieukunft@gmx.at

Jahreshauptversammlung am 22. Jänner 2010, 17.00 Uhr

Die „Frauen für eine atomkraftfreie Zukunft“ laden alle Förderinnen und Förderer zur Jahreshauptversammlung ins Amerlinghaus, 1070 Wien, Stiftgasse 8, ein.

Kurz und wichtig

Frankreich: Kiloweise Plutonium entdeckt

Beim Abwracken des AKWs in Cadarache fand man 39 kg hochgefährliches Plutonium, das nirgendwo verzeichnet war. Laut Greenpeace reicht die Menge aus, um fünf Atombomben zu bauen. Nach internationalem Recht müssen über Plutonium grammgenau Aufzeichnungen geführt werden. Die Atomsicherheitsbehörde hat angeblich nichts von dieser großen Menge Plutonium gewusst. (www.tagesschau.de und Kurier, 16. 10. 09)

Europäischer Sondermüll wird nach Sibirien geschickt

Nach Recherchen der französischen Zeitung „Libération“ und des Fernsehsenders ARTE wurden seit den 1990er Jahren jährlich rund 108 Tonnen angereichertes Uran aus Frankreich nach Sewersk in Sibirien verschickt und dort in Stahlfässern „auf großen Parkplätzen“ unter freiem Himmel gelagert. Die für diese Art der „Entsorgung“ verantwortlichen Energiekonzerne EdF und Areva haben diese Tatsache wohlweislich verschwiegen. Die französische Umweltministerin sagte, französische Atomtechnologie müsse absolut transparent sein, und kündigte eine Untersuchung an. (Wiener Zeitung, 16. 10. 09)

Aber auch 20.000 Tonnen deutscher Atommüll lagern in Russland. Deutsche Stromkonzerne entsorgen radioaktive Abfälle illegal in Sibirien. Seit 1996 wurden ca. 22.000 Tonnen abgereichertes Uranhexafluorid nach Russland transportiert. Dort lagert die hochgiftige Substanz, der Witterung ausgesetzt, in rostenden Behältern. Die deutschen Atomkraftgegner fordern die Bundesregierung auf, Abstand von der Atomenergie zu nehmen. (www.ausgestrahlt.de, 14. 10. 09)

Ökostromnovelle 2008 tritt in Kraft

Mit Einspeisetarifen auf europäischem Niveau könnte der weitere Ausbau von Ökostromanlagen rasch in Gang kommen und Investitionen in Höhe von 3,8 Mrd. Euro getätigt werden, hoffen Befürworter der Erneuerbaren Energien. (Windenergie Nr. 54, Sept. 2009)

Friedensnobelpreisträger Obamas erste Sitzung als Vorsitzender des UNO-Weltsicherheitsrates

Ende September bei der Sitzung des UNO-Weltsicherheitsrates unterzeichneten die Mitgliedsstaaten einstimmig die Resolution zur nuklearen Abrüstung. Die Resolution sichert allerdings gleichzeitig jedem Staat das Recht auf friedliche Nutzung der Kernenergie zu. (Kronen-Zeitung, 25. 9. 09)

Mochovce-Gipfel im Wiener Rathaus

Am 28. 9. 2009 lud die Wiener Umweltstadträtin Ulli Sima sowohl Fachleute als auch Stadtpolitiker aller Fraktionen im Rathaus und NGOs ein. Die Fachleute sprachen zum aktuellen Stand in Sachen UVP Mochovce 3+4 aus rechtlicher und technischer Sicht; die Politiker verabschiedeten im Anschluss an diesen Gipfel einstimmig eine Resolution, in der u.a. die österreichische Bundesregierung aufgefordert wird, wegen der EU-Rechts-Widrigkeit der UVP ein Vertragsverletzungsverfahren gegen die Slowakei einzuleiten.

Land Wien reicht Beschwerde bei der EU-Kommission ein

Am 10. 11. 2009 beschloss der Wiener Landtag einstimmig, bei der EU-Kommission Beschwerde wegen des laufenden EU-Rechts-widrigen UVP-Verfahrens in Sachen Mochovce 3+4 einzulegen. Er folgt damit dem Beispiel Oberösterreichs.

EU-weit einheitliche Sicherheitsnormen für AKWs

Seit Juni 09 ist die Richtlinie 2009/71/EURATOM in Kraft; Kritiker bedauern dies, weil sie meinen, dass die Mindestanforderungen entsprechend niedrig angesetzt sind.

Unser Infotisch steht jeden Mittwoch von 11.30 bis 16.00 in der Schottenpassage, Wien 1.

Thema aktuell



Mag^a.
Hanna
Nekowitsch,
Sprecherin
der „Wiener
Plattform
Atomkraft-
freie
Zukunft“

Redaktion: Am 25. September fand in Wien die öffentliche Anhörung zum Ausbau von Mochovce 3 & 4 statt. Konnten offene Fragen geklärt werden?

Hanna: Leider sind die slowakischen und italienischen Betreiber und Experten viele Antworten schuldig geblieben. Es ging ihnen wohl mehr darum, das Projekt schönzureden, als auf die Fragen der Anwesenden konkret einzugehen.

Red.: Kritische Stimmen gibt es ja nicht nur zum AKW selbst, sondern auch zur UVP. Das Verfahren soll einige Mängel aufweisen.

Hanna: So ist es. Diese Mängel und Irregularitäten hat Frau DI Antonia Wenisch vom Österreichischen Ökologie-Institut klar und deutlich benannt.

Red.: Wie soll es jetzt weitergehen?

Hanna: Aufgrund der Tatsache, dass diese UVP nicht EU-konform ist, muss jetzt eine Klage der österreichischen Bundesregierung beim EuGH folgen. Die Regierung muss rasch ein Vertragsverletzungsverfahren einleiten. Unterstützend sollen die Bundesländer bei der EU-Kommission Beschwerde einlegen. Ein Verschleppen wie bei Temelín muss verhindert werden! Über 209.000 Österreicher und Österreicherinnen haben eine Stellungnahme gegen Mochovce 3 & 4 unterzeichnet. Das ist ein klarer Auftrag an unsere Politiker zu handeln. **Diese Einsprüche dürfen nicht ignoriert werden!** Um Umweltminister Berlakovich nochmals nachdrücklich daran zu erinnern, haben wir eine Postkarten- und E-Mail-Aktion gestartet. **Karten gibt es bei unserem wöchentlichen Infotisch und Näheres zur Mail-Aktion auf unserer Homepage.**